Nr. 207. — 1857.

Verantwortl. Redacteur: Heinrich Kruse in Köln.
Verleger: Jos. DuMont in Köln.
Drucker: M. DuMont-Schauberg, Breitestraße 76, 78.

Kölnische Zeitung.

Dinstag, 28. Juli.

Pran.-Preis: in Köln 2 Thlr., in Preußen 2¼ Thlr., im übrigen Deutschland 2⅔ Thlr. [illegible]
Ins.-Gebühr: 2 Sgr. für die Petitzeile oder deren Raum.

Uebersicht.

Bank-Freiheit und Bank-Monopole.

Deutschland. Berlin (der Zollverein; Hof-Nachrichten; der Prinz von Preußen; die Anwesenheit des Kaisers von Rußland). Stettin (Erweiterung Stettins). München (die deutschen Herzogthümer; Frhr. v. Welden †). Karlsruhe (der Prinz von Preußen und Prinz Friedrich Wilhelm). Kassel (die Verfassungs-Angelegenheit; Beamte). Frankfurt (Bundestag). Bremen (reformirte Conferenz). Wien (Portosatz; Handelsschule; die Königin von Griechenland; Stempelmarken; Caserne; England und die Flüchtlinge).

Italien. Rom (der Papst; der König von Neapel; die Kaffeehäuser; der verstorbene Kriegs-Minister). Turin (Pisacane; Ausweisungen; Mazzini; General Bava; der Dampfer Cagliari; Piemont und die Mazzinisten; Balazzi). Neapel (der Proceß gegen die Aufständischen; Conflict mit französischen Matrosen; der König). Florenz (Kundgebungen).

Belgien. Brüssel (Orden; Partei-Versammlung; Festlichkeiten).

Frankreich. Paris (der Moniteur gegen den Kaimakam der Moldau; das Complot; Ernennungen; Maßregeln gegen die Presse; Ledru-Rollin; Fleischertaxe; die Donau-Fürstenthümer; die Börse; Verhaftungen; Beschlagnahme; Fürst v. d. Moscowa †; financielle Wochenschau).

Großbritannien. London (die englischen Generale in Indien; der Observer über Indien; Sir Colin Campbell; das Parlament; Prinz Albert).

Türkei. (Hr. Blondeel.) Konstantinopel (die Censur; Ishan Bey; ein russischer Dampfer weggenommen; General Philipson; Unsicherheit in Syrien).

Vermischte, Local-, Handels- u. Nachrichten.

Bank-Freiheit und Bank-Monopole.

† **Köln,** 27. Juli.

Die „Zeit" hat versichert, daß die Mittheilung der Börsen-Zeitung, wonach die zu Berlin versammelten Bevollmächtigten der Zollvereins-Regierungen „neben ihrer nächstliegenden Mission fast sämmtlich dahin instruirt seien, Vorschläge der diesseitigen Regierung zu unterbreiten, welche geeignet erscheinen möchten, als Grundlage einer Uebereinkunft in Betreff der Zahlung mit zollvereinsländischen Banknoten zu dienen", nichts weiter als eine willkürliche Combination war. Die Nachricht der Börsen-Zeitung klang auch von vorn herein nicht sehr wahrscheinlich. Die meisten, besonders die größeren Regierungen werden für die Verhandlung der so überaus controversen Materie der Banknoten-Frage, für welche, wie die preußische Einladungs-Denkschrift sagt, „selbst die Wissenschaft noch keinen sicheren Anhalt gewährt", neue Bevollmächtigte senden, deren sonstiger amtlicher Beruf mit dem Geld- und Creditwesen mehr unmittelbar zusammenhängt. Allein lange wird der Zusammentritt dieser neuen Conferenz wohl nicht mehr hinausgeschoben werden können, wenn jene von Preußen gewünschten Vereinbarungen nicht bloß getroffen, sondern auch in Ausführung gebracht sein sollen, bevor mit dem Anfange des nächsten Jahres das preußische Verbot aller Zahlungen mit fremden Banknoten ins Leben tritt. Auch häufen sich von Neuem die Klagen des Handelsstandes über das eifersüchtige Verhalten der Preußischen Bank gegen alle ihre inländischen und fremden Concurrentinnen, und verschärfen den Wunsch, daß die von beiden Häusern des jüngsten Landtages verheißenen „liberalen Normen" eines allgemeinen deutschen Zettelbank-Wesens recht bald mögen festgestellt und kund gemacht werden. Da ist es denn wohl auch für die Presse Zeit, die Discussion der wichtigsten Streitpuncte wieder aufzunehmen.

In verschiedenen Blättern ist die Discussion schon ziemlich lebhaft eröffnet, und bereits sind sehr verschiedene Garantie-Systeme in Vorschlag gebracht. Mit dem fertigen Plane eines vollständigen Netzes von privilegirten und unter sich vertragsweise geeinigten deutschen Territorial-Zettelbanken ist der Präsident der berliner Disconto-Gesellschaft, Herr D. Hansemann, hervorgetreten. Das seiner Ansicht nach zu Grunde zu legende „Normal-Statut" ist mitsammt Motiven zu Kassel als Manuscript gedruckt und demnächst auszüglich in öffentliche Blätter (z. B. in die Kasseler Zeitung) übergegangen, und der Verfasser hat es selbst nicht an Reisen fehlen lassen, um für die Ausführung seines Planes die Regierungen und die öffentliche Stimme zu gewinnen.

Was den Hansemann'schen Plan am meisten charakterisirt, ist die ernstliche Ablehnung des Staats-Einflusses mit strengster Festhaltung des Monopols. Ein geschlossenes System einer kleinen Zahl reiner Privat-Banken mit einem auf möglichst lange Zeit gesicherten Monopol der Zettel-Ausgabe", so glauben wir den Grundgedanken seines Planes ganz füglich aussprechen zu können.

Art. 1 bis 8 des Normal-Statuts enthalten Bestimmungen über Bildung, Dauer, Capital der Gesellschaft. Art. 3 nimmt eine neunzigjährige Dauer in Anspruch, verbunden mit der Forderung des ausschließlichen Banknoten-Privilegiums (Art. 26). Doch bemerkt Herr Hansemann sogleich: „Da, wo eine Dauer von 90 Jahren Bedenken erregt, ist es doch räthlich, sie wenigstens auf 40 bis 50 Jahre festzusetzen." Was das ausschließliche Noten-Privilegium betrifft, so wird es nur in kleinen und mittleren Staaten in Anspruch genommen, nicht in den großen. Die großen Staaten, auf welche der Plan in seiner unverkennbar nächsten Tendenz (der wirklichen Gründung einiger neuen privilegirten Privat-Zettelbanken z. B. in Kurhessen oder Würtemberg) weniger direct berechnet scheint, würden, wenn sie das Ideal des Planes als richtig anerkennen wollten, ihr Gesammtgebiet in mehrere größere Bankbezirke (zu etwa je 2 — 3 Millionen Einwohner) zu zerlegen und dann für jeden derselben eine Zettelbank auf den angegebenen Dauer- und Ausschließlichkeits-Grundlagen zu privilegiren haben.

Diese Banken sollen (nach Art. 34) für ihr Noten-Privilegium den Staatscassen aus ihrem Gewinne eine Abgabe entrichten, „die ein Viertel desjenigen Theiles desselben beträgt, welcher sich nach Abzug von 5 Procent auf das eingezahlte Actien-Capital und von dem für die Reserve und die Tantiemen zu verwendenden Betrage ergibt." Der Zettelbank die Verpflichtung zu anderen Leistungen aufzuerlegen, z. B. Geld vom Staate zu einem gewissen Zinsfuß anzunehmen oder ihm Geld vorzuschießen, ist als verwerflich zu betrachten; denn mehr oder weniger wird dadurch die Solidität der Zettelbank beeinträchtigt. „Die englische, die französische, die österreichische und selbst die preußische Bank dürfen bei der Aufgabe, in den deutschen Bundesstaaten eine zweckmäßige Regelung des Banknotenwesens herbeizuführen, nicht als Maßstab genommen werden; denn gegen Einräumung lucrativer Privilegien dienen sie mehr oder weniger dazu, dem Staats-Credite durch große Vorschüsse oder andere Leistungen beizustehen. Sie sind deßhalb mit dem Staats-Credite in größerem oder geringerem Maße verknüpft, insbesondere dann, wenn — wie in Preußen — der Staat vollständiger Socius der Bank ist und dieselbe verwaltet. Die naturgemäße Folge einer solchen Einrichtung ist, daß der Feind, wenn er im Kriege das Staatsgebiet überschreitet, die Bankgelder als Staats-Eigenthum betrachtet, und daß sie, sollen sie nicht in seine Hände fallen, wie alle öffentlichen Cassen, vor ihm geflüchtet werden müssen...." Diese Gefahren fallen weg, wenn das Verhältniß der Zettelbank als ein reines Privat-Institut durchweg festgehalten wird und die Befugnisse des Staates auf diejenigen Fälle beschränkt bleiben, für welche sein Oberaufsichtsrecht unzweifelhaft feststeht. Diesen Gesichtspunct hält das Statut fest. Aber abweichend von den Statuten anderer Zettelbanken, ist dem Staats-Commissar eine Stelle im Verwaltungsrathe (Art. 55 — 59) angewiesen. „Ich erachte", bemerkt Herr Hansemann, „diese Bestimmung nützlicher für die Gesellschaft und selbst den Staat, als wenn der Commissar, Namens des letzteren, gewisser Maßen nur eigentlich als Kritiker zu fungiren hat. Er lernt in der von mir vorgeschlagenen Weise die Grundsätze praktisch kennen, welche die gute Verwaltung einer Zettelbank bedingen, und überträgt indirect das den Beamten mehr als den Kaufleuten eigenthümliche Princip einer guten Ordnung auf die Leitung des Geschäfts."

Von diesen Privat-Banken, nachdem sie in solcher Weise vom Staate unabhängig gestellt sind, sollen dagegen (nach Art. 36) „mit Regierungen anderer deutscher Bundesstaaten zum Zwecke der Errichtung von Filialen oder Agenturen, wie zur Erlangung weiterer Rechte und Befugnisse, Vereinbarungen geschlossen werden; deßgleichen mit anderen Instituten oder Gesellschaften, um die theilweise oder vollständige Verschmelzung der beiderseitigen Interessen herbeizuführen." Eine „vollständige Verschmelzung" kann nur Statt finden bei Banken, die im Wesentlichen die soliden, in dem Statut-Entwurfe enthaltenen Grundsätze, verbunden mit dem Vereinbarungs-Principe, adoptiren. „Als unumstößliche Regel ist aber festzuhalten, daß Vereinbarungen, zur vollständigen oder zur theilweisen Verschmelzung der Interessen, nicht mit solchen Banken eintreten können, welche solider Geschäfts-Grundsätze entbehren. Ein Gleiches gilt für solche Banken, die mehr oder weniger mit dem Staats-Credite verknüpft sind, weil dadurch indirect die Vereinsbanken eine Garantie des Staats-Credites übernehmen würden, was weder von dem Staate verlangt, noch von den Banken gebilligt werden kann."

Herr Hansemann bemerkt im Schlußworte: „Kommt das von mir vorgeschlagene Bank-System zur Ausführung, so sind die Resultate leicht zu erkennen. Der „„Verein deutscher Privat-Banken"" legt einen festen Grund zu dem solidesten Banknoten-System. Er vermittelt das in Deutschland herrschende Princip der Sonderung mit dem der Einheit, — ähnlich wie der Zollverein. Der Nachtheil der Banken-Vervielfältigung in mittleren und kleineren deutschen Staaten hört auf. Den Regierungen wird ein erheblicher Einfluß gesichert, gleichwohl den Banken, zur Wahrung vollkommener Solidität, der Charakter reiner Privat-Anstalten erhalten."

Wir unseresttheils zweifeln, ob das System und sein Grundgedanke bei den Regierungen und bei dem unbetheiligten Publicum eben so viel Anklang finden werden, wie bei denen, welche etwa hoffen mögen, Gründer oder doch Verwaltungsräthe der empfohlenen Banken zu werden.

Das Streben, die Banken möglichst unabhängig von den Regierungen zu stellen, halten wir aus mehrfachen Gründen für durchaus zweckmäßig; aber unter Anderm auch gerade deßhalb, weil wir eine ernstliche Concurrenz von wesentlich selbstständigen Privatbanken, von bald größerem, bald kleinerem Umfange, sowohl im Interesse der Sicherheit des Geldumlaufes, als im Interesse der allseitigeren und unparteiischeren Credit-Vertheilung für wünschenswerth halten. Wer aber schon die Uebermacht einer nicht durch Concurrenz gezügelten nationalen Centralbank unter directem Einflusse der Staats-Verwaltung bedenklich findet, der wird noch mehr, wenn auch zum Theil andere, Bedenken gegen die Uebermacht eines Consortiums von einigen wenigen, vielleicht unter sich „vollständig verschmolzenen", d. h. Publicum und Regierungen gegenüber coalisirten, Privatbanken hegen müssen. Das Ziel oder Ideal, das uns vorschwebt, ist das schottische Bankwesen. Freilich ist ein Netz von schottischen Banken nicht plötzlich aus der Erde zu stampfen, und freilich können und werden die deutschen Regierungen auch keine plötzliche „Bank-Freiheit" gewähren. Sie werden wohl noch lange nicht bloß besondere „Normativ-Bedingungen", aufstellen, sondern bei Zettelbanken auch noch für jeden besonderen Fall die Ertheilung oder Verweigerung der Concession sich vorbehalten. Aber die Regierungen werden sich auch eben so sehr hüten, gemäß dem Hansemann'schen Plane sich die Hände zu binden und sich vertragsweise in die Unmöglichkeit zu versetzen, monopolistisch sich gerirenden Banken und Bank-Coalitionen gegenüber die Errichtung neuer concurrirender Banken zuzulassen und zu fördern. Und darin haben die Regierungen jedenfalls sehr Recht! Sie halten sich so wenigstens den Weg offen, jedem übertriebenen Mißbrauch eines factischen Monopols jeden Augenblick entgegen zu treten und allmählich in die liberalere Bahn einer erweiterten Bank-Freiheit überzugehen.

Gewisse Gefahren sind mit allem Banknoten-Umlaufe verbunden; aber die Concurrenz der Banken wirkt mehr zur Verminderung, als zur Vermehrung dieser Gefahren. Davon wird eine unbefangene Erörterung des Gegenstandes, je gründlicher sie ist, um so mehr überzeugen.

Deutschland.

* **Berlin,** 26. Juli. Daß die Schutzzoll-Interessenten des Zollvereins nicht blöde sind, das haben wir zwar längst gewußt, dennoch notiren wir gern jede schlagende neue Kundgebung ihrer trotzigen Zuversicht. Die augsb. Allg. Ztg. brachte vor einigen Wochen einen Artikel „Vom Main: Die Veränderung der Zuckerbesteuerung eine Lebensfrage der Zollvereins-Politik." Derselbe sprach sich für eine größere Ausgleichung der Zuckersteuern aus und kam zu dem Schlusse, „daß die Steuer von Zucker einen Eckstein der Zollvereins-Politik" bilde. Ihre neueste Nummer bringt nun einen Gegenartikel: „Aus dem südwestlichen Deutschland" vom 17. Juli. Der Verfasser besitzt „authentische Notizen" über das waghäuseler Etablissement und behauptet, daß der Artikel „Vom Main" irrthümliche Angaben enthalten habe, im Uebrigen bringt er nur die bekannten Argumente. Der interessante Punct für uns ist die Zuversicht auf die vollkommene Ungefährlichkeit und Unüberwindlichkeit eines (etwa badischen und braunschweigischen) Veto's gegen die preußischen und anderweiten Ausgleichungs-Vorschläge. Er findet es unangemessen, daß der Artikel „Vom Main" eine angemessene, d. h. ergiebigere Entwicklung der Zuckersteuer für einen Eckstein des Zollvereins erklärte, und in einer etwaigen hartnäckigen Verhinderung derselben durch das übermüthige Veto von ein paar sichtlich nicht unparteilich gestellten Vereins-Staaten eine Gefahr für den Fortbestand des Vereins erblickte, und will deßhalb vor Allem „die in der letzten Zeit mehrfach eingerissene publicistische Unart, bei jeder im Zollverein auftauchenden Meinungs-Differenz alsbald die Existenz des gesammten Mauthkörpers in Frage zu stellen, ein- für allemal energisch zurückweisen." Er meint: „Das Jahr 1852 hat es sattsam dargethan, daß eine Aufhebung des Zollvereins, wenn man darunter, statt eines Ausbaues seines gegenwärtigen fehlerhaften Organismus, eine Wiederaufrichtung zwischenländischer Barrieren in Deutschland versteht, zu den absoluten Unmöglichkeiten gehört. Eine maßvolle conservative Politik sollte sich daher wohlweislich davor hüten, mit der Androhung von Maßregeln zu spielen, deren etwaige Ausführung — wie Jedermann weiß — allen anderen Bestrebungen, nur nicht denen des Conservatismus, einen nicht zu bewältigenden Vorschub leisten würde. In klarer Erkenntniß dieser Verhältnisse wird man uns deßwegen gewiß beistimmen, wenn wir die erwähnte Drohung einfach für eine Lächerlichkeit erklären, zumal da die Erfahrung uns obendrein gelehrt hat, daß gerade diejenige Partei im Zollverein, welche dieselbe vorzugsweise anzuwenden liebt, schließlich das meiste Interesse besitzt, ihre Verwirklichung zu fürchten. Sprechen wir es darum von vorn herein getrosten Muthes aus: der Zollverein wird nicht aufgelöst werden, selbst wenn auch in zwanzig Jahren der gegenwärtige Steuersatz auf Rübenzucker nicht die leiseste Veränderung erleiden sollte. So frivol tändelt man nicht ohne eigene Gefahr mit der ökonomisch politischen Entwicklung eines ganzen Volkes!" Man wird doch gestehen: das ist stark! Baden und Braunschweig dürfen nur ihr Veto festhalten: die Majorität muß sich noch „zwanzig Jahre" und noch länger auch der kleinsten Minorität fügen, und auch gegen das offenbarste eigene Interesse; denn den Verein selbst in Frage stellen, Bedingungen an die Erneuerung der Verträge knüpfen, das würde „frivol" sein. In der That, die Vorgänge von 1852 haben eine Zuversicht bei einigen reformfeindlichen Klein- und Mittel-Staaten erzeugt, die zuletzt für die Erneuerung der Verträge verhängnißvoll werden könnte!

Heute Morgens um 9 Uhr ist Se. Majestät der Kaiser von Rußland in Potsdam eingetroffen. Um 10 Uhr begab Se. Excellenz der Herr Minister-Präsident sich an den königlichen Hof. Um 11 Uhr findet eine Cur im Neuen Palais zu Ehren des Kaisers Statt. Der Hr. Minister-Präsident wird vom königlichen Hoflager zu Sanssouci frühestens morgen Abends zurückkehren. Nächsten Dinstag wird Ihre Majestät die Königin von Griechenland zum Besuch des königlichen Hofes in Potsdam eintreffen.

Nach den neuesten Nachrichten aus Baden-Baden wird Se. Königliche Hoheit der Prinz von Preußen nicht hieher kommen, sondern daselbst zur Fortsetzung der Brunnencur verweilen und Anfangs August der Taufe des Erbprinzen in Karlsruhe beiwohnen. Im Laufe des Monats August wird der Prinz sich nach Ostende begeben und im September zu den großen Truppen-Uebungen hieher zurückkehren.

† **Berlin,** 26. Juli. Die Anwesenheit des Kaisers von Rußland wird in diplomatischen Kreisen als eine nicht officielle betrachtet, daher auch die gewöhnlichen Empfangsfeierlichkeiten unterblieben sind. Der Minister-Präsident, so wie die anderen curfähigen Personen begaben sich daher auch erst nach der Ankunft des Kaisers nach Potsdam, um bei der Cur anwesend zu sein, welche im neuen Palais um 11 Uhr Statt fand. Aus dem Umstande, daß der Minister des Auswärtigen, Fürst Gortschakow, sich in der Begleitung des Kaisers befindet und während seiner Anwesenheit in Sanssouci unser Minister-Präsident in Potsdam wohnt, wird man wahrscheinlich die gewöhnlichen politischen Combinationen für den Abschluß von Allianzen herleiten. Indessen ist dies doch zu bezweifeln. Zwar werden die Betheiligten schwerlich den Inhalt ihrer Gespräche und Erörterungen der Oeffentlichkeit überliefern, um etwa zu beweisen, daß sie nichts Geheimes vorhätten, aber für specielle Allianzen fehlt die positive Grundlage. Eine Ausweisung der auf Meuchelmord ausgehenden politischen Flüchtlinge aus England ist eher durch Vorstellungen der einzelnen Cabinette, als durch Collectiv-Schritte zu erreichen. Für den Bestand der Türkei bürgt der pariser Friede, und die holstein-lauenburger Frage ist, was auch die Großmächte einräumen, rein deutscher Natur. Es fehlt also die Veranlassung zu einem Special-Bündnisse. Der Kaiser Alexander wird Berlin nur in der Nacht vom 27. auf den 28. d. Mts. zur Benutzung des Schnellzuges nach Stettin passiren. Die Kaiserin macht die Reise aber noch nicht mit, sondern bleibt noch in Potsdam. Morgen wird die Ankunft des Königs von Hannover in Potsdam erwartet.

Stettin, 24. Juli. Die Nordd. Ztg. meldet: „Heute hat im Plenar-Zimmer der hiesigen Regierung die erste Conferenz in Betreff der Erweiterung Stettins Statt gefunden, an welcher unter dem Vorsitze des commandirenden Generals v. Wussow der Unter-Staatssecretär im Handels-Ministerium, v. Pommer-Esche, der Ober-Präsident, Frhr. Senfft v. Pilsach, und der Ober-Bürgermeister Hering Theil genommen haben."

± **München,** 24. Juli. Die Theilnahme für die holsteinische Sache ist hier in Süddeutschland durch die letzten diplomatischen Vorgänge nicht geschwächt worden. Auch die Zuversicht auf einen guten Verlauf der Bewegung hat sich fast mehr erhalten, als dies an mehreren Stellen im Norden der Fall ist. Dies darf dem Umstande zugeschrieben werden, daß man hier von vorn herein von der diplomatischen Initiative weniger erwartete, als von der in Wahrheit doch jedenfalls beachtenswerthen Thatsache, daß die Frage überhaupt wieder angeregt worden, daß von den Herzogthümern in nachhaltiger Weise die Rede ist und daß, wenn die amtlichen Noten und Depeschen bisher sichtbar unter dem Eindrucke der öffentlichen Stimmung geschrieben wurden, diese letztere auch weiterhin nicht ohne Einfluß auf den Gang der Angelegenheit bleiben kann. Was von den Wünschen und Ansichten der gouvernementalen Kreise bekannt geworden, steht keinesweges im Gegensatze zu dieser allgemeinen Richtung. Wenn die deutschen Großmächte einmal wieder ernstlich vorgehen, wird man Seitens der Mittelstaaten nicht zurückbleiben. Es ist hier nicht vergessen, daß in den unglücklichen und blutigen Schlachttagen vom Juli und September 1850, welche das Schicksal der Herzogthümer besiegelten, ein nationaler Held in dem baierischen General v. d. Tann erstanden war. Die Haltung des Auslandes, in anderen Fragen von den mittelstaatlichen Regierungen oft zu sorgsam beachtet, wird in dieser vaterländischen die Sympathieen für Holstein nicht erkalten lassen. Man wird in unterrichteter Region vollkommen darüber orientirt sein, daß Frankreich und Rußland über sogenannte Rathschläge zur Mäßigung nicht hinausgegangen sind. Auch ist wohl erinnerlich, daß, als in einem früheren Stadium Dänemark die Hülfe von Rußland, England, Frankreich und Schweden in Anspruch nahm und die Ausführung von Garantieen aus den Jahren 1720, 1767 und 1773 forderte, eine Denkschrift des sächsischen Ministeriums, an dessen Spitze Herr von der Pfordten stand, schlagend nachwies, daß jene Garantieen die damals beregten, doch ganz anders heiligen Seiten der Frage gar nicht berührten. Jedes Argument dieser Denkschrift beweist a fortiori, daß jetzt in dem Streite Deutschlands mit einem seiner Bundesglieder über verletzte Rechte eines deutschen Landes das Ausland durchaus nichts mitzureden hat.

München, 24. Juli. Der königliche Regierungs-Präsident von Schwaben und Neuburg, Freiherr v. Welden, ist diesen Abend zwischen 6 und 7 Uhr verschieden. Frhr. v. Welden war am 13. Juni 1801 geboren und stand mithin im besten Mannesalter. (K. P. u. f. D.)

Karlsruhe, 25. Juli. Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen sind gestern Abends zum Besuche der großherzoglichen Familie von Baden hier angekommen und haben heute Mittags die Reise nach Berlin fortgesetzt. — Se. Königl. Hoh. der Prinz von Preußen sind heute Mittags von Baden hier eingetroffen und Abends wieder dahin zurückgekehrt. (Karlsr. Z.)

† **Kassel,** 26. Juli. In der Verfassungs-Angelegenheit wird vor der Rückkehr Sr. Königl. Hoheit des Kurfürsten aus Marienbad, beziehungsweise aus Ostende, wohin sich derselbe nach der marienbader Cur, wie man hört, begeben wird, nichts Erhebliches erfolgen. Auch mehrere Puncte des Finanz-Gesetzes dürften erst später ihre Erledigung finden. — Die Wiederanstellungen der seit 1850 mit drei Vierteln des Diensgehaltes zur Ruhe versetzten Beamten mehren sich. Jüngst ist z. B. der tüchtige Ober-Gerichtsrath Eggena von Marburg nach Rinteln versetzt und der juristischen Thätigkeit zurückgegeben worden.

Frankfurt, 25. Juli. In der 24. diesjährigen Bundestags-Sitzung vom 23. d. M. erstattete (wie schon gemeldet wurde) der Ausschuß für handelspolitische Angelegenheiten Vortrag über den von dem zweiten Vorsitzenden der Handels-Gesetzgebungs-Commission zu Nürnberg am 2. l. M. in Betreff der bisherigen Commissions-Arbeiten und des wei-

---

21 Der Seehof.

Erzählung von Fanny Lewald.

(Schluß. — S. Nr. 189 — 192, 194 — 198 u. 200 — 206 d. Bl.)

17.

Mein ganzes Leben war in meinen Augen, und doch traute ich ihnen nicht. Siehst du kein Licht? fragte ich den Postillon, der mich die Straße schon früher ein paar Mal gefahren.

Licht? Im Seehof? fragte er, indem er langsam hinschaute und noch langsamer sprach: da ist Alles dunkel! Ich hätte um Alles eine andere Antwort haben mögen, denn die Zimmer, welche Claudine und Mademoiselle Charpentier bewohnten, lagen beide nach der Straße; es war heißes Wetter, die Läden, die Fenster mußten offen, ein Licht in den Zimmern mußte sichtbar sein, wenn die Bewohner in dem Hause waren.

Ich verlor die Lust zum Sprechen, und doch verkürzte es mir die Zeit. Ich hatte schon auf der Station Erkundigungen darüber eingezogen, daß in den letzten Tagen keine Postpferde nach dem Seehofe genommen worden waren; aber in Lagen, wie die meine damals, möchte man von jedem Menschen einen Zuspruch haben, während man doch Scheu trägt vor jedem fremden Worte. Hast du irgend welche Wagen die Tage her hier nach dem Seehof fahren sehen? Ich? Wagen? wiederholte er, nicht Einen! Da fährt ja außer Ihnen keine Seele hin!

Ich hatte eine augenblickliche Beruhigung, der Mond ging inzwischen dessen auf, und endlich erblickte ich Licht in den Zimmern zu beiden Seiten der Thür. Sie waren also da, sie mochten ruhig im Garten gewesen und jetzt erst in die Stuben zurückgekehrt sein. Ich athmete zum ersten Male frei und erleichtert auf. Nach zehn Minuten, und noch zehn — meine Calesche hielt vor der Thür! — — Aber noch zwei andere Wagen standen mit angespannten Pferden in dem Hofe.

Ich eilte in das Haus, die Thüren des Flures waren offen, der Knecht, die Magd schrieen auf, als ich kam. Eine völlige Verstörung war hereingebrochen. In dem Wohnzimmer brannten Lichter auf dem Tische. Männerhüte, ein Reisemantel lagen auf dem Sopha. Niemand hörte mein Kommen. Aus der Schlafstube schallte ein leises Aechzen an mein Ohr. Ich stürzte hinein, ich sah Claudinen blaß und entstellt auf ihrem Lager liegen, die Augen geschlossen, eine Sterbende.

Claudine! mein Weib! schrie ich und warf mich vor ihr nieder, sie in meine Arme schließend. Da öffneten sich ihre Augen, da sah ich noch einmal ihren sanften, ihren zufriedenen Blick. Ach! sagte sie kaum hörbar, indem ihr Kopf sich an meine Brust lehnte, nun ist's gut! nun ist Alles gut!

Ich konnte nicht fragen, was geschehen sei — ich wußte Alles. Ich konnte auch Claudinen nicht trösten, nur still im Arme halten konnte ich sie, nicht einmal weinen. Ihr Athem berührte kaum fühlbar meine Wange, ihre Hand ruhte matt und schlaff in der meinen. Sie wollte sprechen, es fiel ihr schwer. Endlich sagte sie leise: Ich hätte doch nicht leben können ohne dich! — und dann nach einer Weile: Ich muß es sühnen!

Das waren die letzten Worte, die ich von ihren Lippen hörte. Es regte sich nichts in dem Zimmer, ich saß und hielt sie an meiner Brust, lange, lange! Endlich sank ihr Haupt herab — es war zu Ende! Und weinend warf ich mich auf den geliebten Leichnam, weinend hielt ich die Trümmer meines Glückes in meinen Armen.

Plötzlich fühlte ich mich emporgerissen. Fort von ihr! rief der Herzog, dessen Erschütterung sich im Zorne Bahn brach. Fort von ihr, Ehrloser! — Ich sprang auf, er packte mich an der Brust. Ihn von mir abwehrend, sah ich, daß er seinen Degen zog, ich riß ihm denselben aus der Hand und warf ihn zerbrochen vor seine Füße nieder. Meine Pistolen lagen auf dem Tische, auf den ich sie bei meinem Eintritt hingelegt. Rasend vor Wuth nahm der Herzog die eine, ich griff zur anderen, wir schossen beide — und lautlos sank der Herzog zu meinen Füßen. — —

Mein Vater stand am Fenster und sah in die Nacht hinaus. Ich saß wieder an Claudinens Lager, die Leiche des Herzogs hatte man auf das Sopha gelegt, Louise und die Dienstboten waren um ihn beschäftigt. Da trat mein Vater zu mir heran.

Denkst du hier zu bleiben? fragte er kurz. — Ich sah in die Höhe; so elend er mich gemacht, es war mein Vater, es waren die Züge, die ich von Jugend an geehrt. Ich war erdrückt von meinem Unglück, mein Weib, meine Zukunft, meine Hoffnungen, Alles war mir verloren — und ich hatte den Bruder meines Weibes getödtet. Ich warf mich an meines Vaters Brust, ich würde ein tröstendes Wort, ein Wort der Barmherzigkeit von seinen Lippen ihm mit einem Leben voll Liebe gedankt haben, ich hätte es als die größte Wohlthat empfunden. Mein Vater gewährte es mir nicht — ich hatte es freilich auch nicht von ihm zu fordern.

Denkst du hier zu bleiben? fragte er noch einmal, und da ich schwieg, sagte er: Du hast Kummer genug gebracht und Elend genug über mich und mein Haus. Sollen die Mutter und ich es erleben, dich in den Händen der Criminal-Justiz, dich als Gefangenen zu sehen?

Ich wußte nicht, was er von mir wollte. Der Gedanke, mein eigenes Leben zu enden, lag mir näher, als der Gedanke zu fliehen — und doch, auch zu sterben fühlte ich mich nicht fähig, so lange die holde Gestalt der Geliebten mir noch sichtbar war.

Ich hatte mich wieder zu ihr niedergesetzt, ich wollte sie sehen, mir ihr Bild einprägen, mein Schmerz schien mir das einzig Berechtigte in dieser Welt. Eine geraume Zeit mochte so vergangen sein, als mein Vater aus dem anderen Zimmer meinen Namen rief. Ich begab mich zu ihm.

Es ist Mitternacht vorüber, sagte er. Was hier zu thun ist, werde ich thun. Morgen Mittag um zwei Uhr geht unser Schiff mit der Flut in See. Wenn du jetzt von hier abfährst, kannst du um zehn Uhr auf dem Schiffe sein. Siehe zu, daß du davon kommst.

Ich habe nichts zu suchen im Leben und in der Welt, sagte ich.

Du hast dein Leben zu erhalten, damit deine Mutter deinen Tod nicht zu betrauern braucht! — entgegnete er mir kurz und fest.

Die Erinnerung an meine Mutter riß mich empor und erweichte mir wieder den Sinn. Und Sie, mein Vater, rief ich, haben Sie kein Wort für den Sohn, der von Ihnen geht, in ...

Er ließ mich nicht zu Ende sprechen. Ich habe den Befehl für Ihn, Sich nicht meinen Sohn zu nennen, sprach er streng. Und mit hervorbrechender Leidenschaft fügte er hinzu: Ich habe dir das Leben gegeben und einen guten Namen und ein glückliches Loos. Du hast meinen Namen beschimpft, dein Leben verschwendet, und zum Danke für das glückliche Loos, das ich dir bereitet, legst du mir die Nothwendigkeit auf, mir, dem alten, unbescholtenen Manne, dem Senator, deine Frevel zu verbergen, für deine Missethaten Rede zu stehen. Mich dünkt, du hättest nicht eben viel an mich zu fordern. — Ich aber, ich fordere von dir, ich befehle dir, daß du meinen Namen fortan nicht als den deinigen nennest, ich befehle dir, von meinem Hause fern zu bleiben, daß so lange ich in demselben lebe, dein Fuß nicht wieder betreten soll!

Wir standen stumm und regungslos einander gegenüber. Endlich richtete ich mich auf. Vater, sagte ich, ist das Ihr letztes Wort?

Mein Schiff steht dir zu Diensten, versetzte er, — bei Schweigen thu, was du willst. Ich kann dich nicht hindern, hier zu bleiben und meinen Namen in die Hände der Justiz zu überliefern.

Ich hatte keine Wahl, aber ich hatte noch eine Bitte an